

Saale-Zeitung

Dezundstündigster Jahrgang.

Bezugspreise
Für alle monatlich drei malige
Lieferung 1.00 Mark, vierteljährlich
2.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
auswärtig. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
tungen aus angenommen. Am
nächsten Zeitungsdienstag unter
Saale-Zeitung eingetroffen. Für un-
erlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Genau der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Regelung
wird 3. Jggs. 38 mm Br. 20 mm
hoch oder deren Raum mit 40 Bk.
berechnet u. in unferen Anzahm-
stellen u. allen Anzeigenverlagern
angenommen. Nachfragen die 92 mm
breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-
Fremdverlagern. 11 Mk. für
für die Sonntags-Bl. ebenfalls
6 Mk. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erscheinungsort: Halle. Erscheint
täglich 2 mal. Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Verlagsstelle: Halle,
Neue Dromadenstr. 17. Dr. Braun-
hausch. 17. Neben-Verlagsstelle:
Halle 24 und Oerke Ullrichstr. 23.

Nr. 162.

Halle, Sonnabend, den 5. April.

1910.

Stunden der Entscheidung in München.

Münchener Bolschewisten wollen sich mit Ungarn und Rußland verbünden. — Erste Ereignisse in Italien?

Ein Staatsstreich der bayerischen Radikalen!

München, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der bayerische Landtag ist auf den 8. April einberufen. Die Radikalen verteilten Flugblätter und die Soldaten, die zum Sturz des Ministeriums Hofmann-Schneppenhorst auffordern, wollen dem Landtag keinen Schutz gewähren. Die Lage ist außerordentlich ernst. Man erwartet einen Staatsstreich der Radikalen, für den alles vorbereitet ist, in aller nächster Zeit. Die Lage erfordert durchgreifende schnelle Maßnahmen der Regierung. Die Bevölkerung ist äußerst beunruhigt.

Vor einer Entscheidung in München.

München, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhältnisse in München drängen zur Entscheidung. Die Radikalen wurden das Landtagsgebäude durch Anhänger der Rechten mit Maschinengewehren besetzt und seltensartig in Verteidigungszustand gebracht. Niemand erhält Zutritt. Das ist gegen die ausdrückliche Willkür der Regierung erfolgt. Für die Wiedereinberufung des Landtages erklärte die Garnison Münchens keine Bereitschaft und keine Schutzmaßnahmen zu stellen. Diese Zustände bedeuten entscheidende Schritte auf dem Wege zur Räterepublik. Man kann nicht sagen, daß die Regierung überempfindlich worden ist, denn die Absichten des Zentralrates waren schon seit längerer Zeit bekannt. Kommunistenführer, deren Anhänger auf dem Lande nicht zu unterschätzen sind, erklären ihre Solidarität mit der ungarischen und der Sowjetrepublik. Der bayerische Landtag nicht zusammen, so ist der Bolschewismus in Deutschland eingesetzt, und die Folgen sind unabweisbar. Es fragt sich nun, ob man nicht auf die schon bei der zweiten Revolution gescheiterte Art zurückkommen und den Landtag in eine nordbayerische Stadt einberufen soll. Die Aufregung in der Bevölkerung ist sehr groß. Man erwartet von Seiten der Kommunisten die größte Mäßigkeit.

Das Münchner Programm.

WTB. München, 5. April. In einer gestern vom Zentralrat einberufenen Versammlung im Wöhrnsträßler erklärte Dr. Wabers: Die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden bestehe: Beteiligung der Parteien, Einigung des gesamten Proletariats, Generallstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Der Vorsitzende des Zentralrates Nikisch betonte, daß das nordbayerische Proletariat den Bestrebungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Stachel durch die Rechnung machen werde. Die Ausrufung der bayerischen Räterepublik werde in ganz Deutschland vorbildlich wirken und die Ausrufung der Weltrevolution zur Folge haben.

Der Zentralrat hat für heute vormittag die sämtlichen Arbeiter, Angestellten und Beamtenauschüsse, sowie die Betriebsräte und Delegierten aller Verbände zu einer großen Versammlung im Hofbräuhaus aufgerufen, in der die politische Lage erörtert werden wird.

Erzberger auf der Heimreise.

Berlin, 5. April. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist Reichsminister Erzberger nach Unterzeichnung des Abkommens über den Transporth der polnischen Truppen durch Deutschland nach getreten abends von Spa abgereist. Er trifft heute nachmittag in Berlin ein.

Graf Brodtdorf-Rankau über die Urheberhaftung des Krieges.

Berlin, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die „S. Z.“ schreibt auf unsere Anfrage, wie sich die deutsche Regierung zu der Nachricht verhält, daß die Pariser Konferenz beschließt, einen einseitigen Schuldpruch gegen Deutschland als alleinigen Urheber des Weltkrieges zu fällen und daß ein Entengerechtigter eingeleitet werde solle, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, gab uns der Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodtdorf-Rankau folgende Erklärung:
„Ich muß die Nachricht als wenig wahrscheinlich bezeichnen. Die deutsche Regierung würde sich ein so einseitiges Verfahren wie den Versuch, uns eine Schuld ohne jede objektive und unparteiliche Prüfung des Sachverhaltes zuzuschreiben, nicht gefallen lassen. Die Entente muß als Räuber auftreten, sie kann deshalb nicht zugleich Richter sein. Dies ist im wesentlichen der Gedanke der deutschen Erklärung, die wir im nächsten Augenblick bekannt geben werden.“

Anfragen vorzubringen und dieselben zu begründen. Von der Feststellung des wahren Sachverhaltes versprechen wir uns die Entgegnung der internationalen Beziehungen. Das ist es, worauf es nach allen Fehlern der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft ankommt, und ich sehe darin meine hauptsächlichste Aufgabe. Soweit dies durch die Klärung der Schuldfrage geschehen kann, werden wir uns bereitwillig durch die dringlichste Einlegung eines Staatsgerichtshofes auch ohne die Mitwirkung anderer Gegner dazu betragen.

Veröffentlichung amtlicher Dokumente.

Berlin, 5. April. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist die Veröffentlichung der amtlichen Dokumente, mit deren Bearbeitung Rautsch beauftragt war, demnächst zu erwarten. In einigen Wochen, voraussichtlich noch in diesem Monat, wird die Publikation in Buchform erfolgen. Die Arbeiten umfassen eine Zeitspanne, die einige Wochen vor Kriegsausbruch beginnt und am 4. August 1914, dem Tage der Kriegserklärung Englands, endet.

Die Sozialisierung der Hochseefischerei.

Berlin, 5. April. (Eig. Drahtnachricht.) Demnächst wird das Gutachten der Sozialisationskommission über die Sozialisierung der Hochseefischerei veröffentlicht werden. Wir wir hören, ist man in den inoffiziellen staatsrechtlichen Beratungen, in denen das Für und Wider einer solchen Sozialisierung eingehend zur Erörterung gelangte, zum Schluß gekommen, daß eine Sozialisierung der Hochseefischerei aus den verschiedensten Gründen im Interesse der Allgemeinheit nicht liegen könne. Es ist zu erwarten, daß von einer solchen Forderung genommen und die Gründung eines gemeinschaftlichen Unternehmens in kleinerem Umfange bevorzugt wird, woran die Interessenten sich zu beteiligen hätten.

Generallstreik in Italien?

Forderung auf Abschaffung der Monarchie. Hamburg, 5. April. (Eig. Drahtnachricht.) Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird von der italienischen Grenze berichtet: Die italienische sozialistische Partei bereitet einen am 1. Mai beginnenden Generallstreik mit bolschewistischem Charakter vor. Aus Rom wird weiter gemeldet: Die innenpolitische Lage Italiens wird von Tag zu Tag ernster. Schon die wenigen Meldungen, die die Zeitung durchläßt, zeigen, daß Italien am Vorabend einer politischen Krise steht. So hat die italienische sozialistische Kammerfraktion beschlossen, ein Manifest an das italienische Volk zu richten, in dem gesagt wird, daß angesichts der Tatsache, daß die Ausichten für den Abschluß eines Willensfriedens gescheitert sind, das Proletariat zu einem Generallstreik aufgefordert werden solle. Das Manifest fordert weiter die Abschaffung der Monarchie, das gleiche Wahlrecht und weitgehende sozialistische Reformen. Das Proletariat müsse sich allmählich die Vollzugsgewalt erobern.

Paderewski in Paris.

Paris, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet: Paderewski kommt heute in Paris an. Es verlautet, daß die Danziger Frage jetzt mehr oder weniger geregelt ist, und zwar auf der Grundlage, daß Danzig ein freies Land mit Selbstverwaltung, wahrscheinlich unter zunehmender polnischer Kontrolle wird.

Unterhandelt Wilson mit Lenin?

Haag, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) In der englischen Presse mehren sich die Vermutungen darauf, daß Wilson direkt mit Lenins Regierung unterhandelt und sie zum Frieden heranzuziehen will.

Saarbeden und Neutralisierung der Rheinlande.

Genf, 4. April. Der Rat der Vier hat eine Kommission von drei Personen bemi beauftragt, eine erste Fassung über den Frankreich auszubereitenden Anteil an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Saarbeckens und über die militärische Neutralisierung der Rheinlande aufzustellen. Die drei mit dieser Aufgabe betrauten Personen haben sich Donnerstag nachmittag versammelt. Verschiedene Rotterdam Korrespondenten bestätigen die Mitteilung der „Times“, daß die Konferenz Frankreichs Ansprüche auf das Saarbeden in der Form einer Schadenersatzvergütung anerkannt habe. Die Konferenz sei aber nicht befaßt, daß die Neutralisierung des Saarbeckens Frankreichs alleinige Sache sei.

Trennung von Staat und Kirche.

Aus Weimar wird uns von einem Mitglied der Nationalversammlung geschrieben:
Die Frage, die in der letzten Wahlbewegung so viel Staub aufgewirbelt hat und die Helfer besonders erregte, die Trennung von Staat und Kirche, ist vom Verfassungsausschuß in Weimar verhältnismäßig schnell entschieden worden. Danach besteht in Zukunft keine Staatskirche mehr. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltert ihre Angelegenheiten selbständig, innerhalb der für alle geltenden Gesetze; insbesondere verleiht sie ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden. Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu. Sie sind berechtigt, ihre Mitglieder zu beitreuen. Den Religionsgesellschaften werden diejenigen Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und der religiösen Vereinigungen an den für Kultus- und Wohltätigkeitszwecken bestehenden Anstalten, Stiftungen und Fonds bleibt bestehen.
Mit diesen in erster Lesung angenommenen Sätzen ist die grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat in der Verfassung des neuen Deutschland verankert. Das die zweite Lesung zu wesentlich anderen Festlegungen käme, ist nach dem Gang der bisherigen Beratungen ausgeschlossen. Das war ja das Ueberwiegendste bei den Ausschussberatungen, daß im Prinzip alle Parteien in der Notwendigkeit einer Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche einig wären. Die Sozialdemokraten forderten, wie immer, die völlige Trennung; die Demokraten waren grundsätzlich zum mindesten nicht gegen sie, das Zentrum ließ zwar seine Gegnerschaft gegen die Trennung erklären, ließ aber gleichzeitig durchblicken, daß nach den Erfahrungen der Hera des verstorbenen Kultusministers Adolf Hoffmann die Trennung als Schlußwort gegen noch radikalere Maßnahmen des Staates vielleicht den Vorrang verdiene, und die beiden Rechtsparteien stimmten darin überein, daß jeder Gewissenszwang vermieden werden müsse und daß das Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche“ weitgehend und meist falsch verstanden worden sei. So wurde der entscheidende Satz: „Es besteht keine Staatskirche“ am Schluß der Aussprache mit den 12 sozialdemokratischen, den 5 demokratischen und einer Zentrumstimme angenommen, also mit 18 gegen 10 Stimmen, die nicht einmal eine bestige Opposition bedeuteten.

Die Entscheidung wurde wesentlich erleichtert durch die einmütige Verfassung, die von allen Parteigruppen, auch den sozialdemokratischen, der positiven, ethisch-religiösen Arbeit der kirchlichen Gemeinschaften gestützt wurde. Von Religionsbänden oder auch nur von grundsätzlicher kirchlicher Opposition war nicht im mindesten die Rede; Kulturkampftimmung kam auch nicht bedeutungsvoll zum Ausdruck. Jedermann verstand aber außerdem, daß eine Trennung nach dem Muster der protestantischen oder französischen für die besonders bedürftigen Verhältnisse absolut nicht in Frage kommen kann. Im Gegenteil gestand man allerorts bereitwillig zu, daß bei der Wdhung des Jahrhunderts alten Einigungsverhältnisses alles geschehen müsse, um den Religionsgesellschaften ein selbständiges Weiterleben zu ermöglichen und zu sichern. Die auf Selbst-, Vertrag oder besonderen Rechtsstücken beruhenden staatlichen Leistungen an die Religionsgesellschaften sollen nach einheitlichen rechtsgesetzlichen Grundätzen von den Landesregierungen ordnungsmäßig abgelöst, das Eigentum der Religionsgesellschaften dagegen wird ihnen ungeschmälert erhalten bleiben. Adolf Hoffmann und seine religiös-feindlichen Gesinnungsgenossen haben keine Ursache, über diese Entscheidung zu triumphieren.

Dagegen wurde in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses von verschiedenen Seiten der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß sowohl die katholische wie besonders die evangelische Kirche alle Ursache habe, die namentlich in der Verfassung festgelegte Selbständigkeit zu begründen. Von ihr sei nicht nur die völlige Befreiung der Religionsgesellschaften von staatlicher Bevormundung, sondern auch eine wissenschaftliche Veriefung des religiösen Gedankens in Deutschland zu erwarten. Nicht eine Verchristlichung, sondern eine weite Befreiung der Seele, welche Moral und Religion in das deutsche Volk zu bringen, werde die Folge der Trennung sein.

Dass diese Folge aber nach dem furchtbaren Niedergang der Moral im Laufe des Krieges heute und in Zukunft auf überhört zu wachen sei, darin stimmen wieder die Redner aller Parteien überein.

Die sachliche Beurteilung und die auf gegenseitiges Vertrauen beruhende Stimmung zwischen den Vertretern verschiedener politischer Parteien und verschiedener religiöser Empfindungen sollte ein Vorbild für die Aufnahme der getroffenen Entscheidung im deutschen Volke sein. Statt über die Form zu streiten und zu hadern, sollten sich alle Kreise jetzt bemühen, die ethisch-religiösen Gedanken wieder zu stärken und zur vollen Geltung zu bringen, ohne die eine Gefährdung des Staatswesens und eine Neu belebung der kirchlichen Gemeinshaften nicht denkbar sind.

Die künftigen Zufuhrsituationen.

Die von uns gestern veröffentlichten Mitteilungen des „Vormärts“ über die aus den ausländischen Lebensmittelzufuhren zu erwartenden Zufuhrsituationen wurden von amtlicher Seite bekräftigt. Hinsichtlich ist noch, daß die Lebensmittel sämtlich durch die kommunalen Verwaltungen verteilt werden sollen. Für die Vergleiche sind weitere Zufuhrsituationen von 50 bis 100 Gramm pro Kopf in Aussicht genommen. Die Schwerarbeiterzulagen gehen trotzdem weiter. Es wurde nach dem Gebote der Entente beschlossen, die Zufuhrsituationen an Getreide nicht abzugeben. Infolgedessen sollen besondere Zufuhrsituationen, die immer nur für kurze Zeit Geltung haben, geschaffen werden. Schon aus diesem Grunde wird es noch 1 bis 2 Wochen dauern, ehe mit der Ausgabe der ausländischen Lebensmittel begonnen werden kann. Die geplante Abgabe der Zufuhrsituationen gründet sich auf die Lebensmittelmengen, die in den nächsten Tagen ausgegeben sind oder bestimmt in Aussicht stehen. Es wird auf diese Weise die Sicherung der Zufuhrsituation in den Großstädten nur auf einige Wochen erreicht. Ob dann weiter die Abgabe der Zufuhrsituationen anstreckerhalten werden kann, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Lieferung der ausländischen Lebensmittel ab. Mit Bestimmtheit hofft aber das Reichsernährungsamt, die bisherigen Lebensmittelrationen bis zur Ernte aufrechterhalten zu können.

Streik bei Krupp in Essen.

Essen, 4. April. Heute vormittag hat die radikale Arbeiterfront die Krupp'schen Werke in Essen stillgelegt, so daß von 11 Uhr ab der Betrieb in sämtlichen Werksstätten der Firma Krupp und den damit zusammenhängenden Betrieben ruht. Auch die Gas- und Elektrizitätswerke der Firma Krupp stehen still. Die Arbeitseinstellung ist ohne Zwischenfall vor sich gegangen. Wie lange sie dauern wird, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Vor der Arbeitseinstellung haben die radikalen Krupp'schen Arbeiter erhebliche Mengen von Gewehren und Waffen aller Art in den Werksstätten vernichtet.

Känderbanden in Hamburg.

Hamburg, 4. April. Mehr als tausend Personen hielten morgens am Altonaer Platz jeden Wagen an, der aus der Antifrontalstraße kam, und beraubten die Fiskusleute ihres Inhalts, den die Menge unter sich verteilte. Polizei und Sicherheitsmannschaften mußten die Menge auseinanderreiben.

Die Bildung der Reichswehr.

Bei der Aufstellung der Reichswehr handelt es sich nicht um eine Neuorganisation, sondern um eine Zusammenfassung. Sie wird bestehen:

1. aus den freiwilligen Verbänden, die schon jetzt vorhanden sind;
 2. aus den Verbänden der alten Armee;
 3. aus anderen freiwilligen Aufstellungen.
- Die Verbände liegen in der Hand der Generalkommandos. Die Stärke wird 300 000 Mann betragen. Es ist eine Gliederung vorgesehen von großen und kleinen Brigaden, die in Gruppenkommandos zusammengestellt werden, und zwar in ein Gruppenkommando Nord, ein Gruppenkommando Süd, ein Gruppenkommando Mittig und ein Gruppenkommando Bayern. Von Offizieren und Beamten werden vor allen Dingen die der alten Armee übernommen, die sich besonders an der Front bewährt haben. Es sollen aber auch Offiziere und Beamte des Berufsstandes, die sich besonders Verdienste um die Mannschaften erworben haben, übernommen werden. Ein besonderes Augenmerk ist der Förderung von Unteroffizieren in die Offiziersstellen zu gewidmet. Prüfungen, Lehrgänge sollen die Fähigkeiten erweisen und 30 Prozent der Lehrgangsteilnehmer sollen durch Unteroffiziere ersetzt werden.
- Ein besonderes Kapitel ist das der Vertragsangehörigen, die ihre besondere Mitwirkung bei Besatzungen, bei Disziplinartagen, Kundgebungen, Urlaub zu betätigen haben. An Gehältern wird der Mannschaft eine Tageszulage von 3 Mark gewährt, an der Front eine solche von 5 Mark. Das Mindestalter zum Eintritt in die Reichswehr ist 17 Jahre. Ausgeschlossen sind solche, die besondere Strafen schon hatten und irreparabel sind. Soldate, die von einem Verband ausgewiesen sind, können in einen anderen nicht aufgenommen werden.
- Die Verordnung enthält auch besondere Erlasse über die Verwendung der Verträge und der Sanitätsmannschaft. Diese Verordnung erscheint im Armeecorrespondenzblatt.

„Eine Uebertreibung des Einheitsgedankens“

Stuttgart, 4. April. Die am 20. März 1919 in Stuttgart vermittelten Vertreter der Regierung von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben sich mit den Beisitzenden des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung über das Verhältnis des Reichs zu den Gliedstaaten befaßt. Es sehen in diesen Verhältnissen, soweit sie von der Verfassungsgewalt abhängen, eine Uebertreibung des Einheitsgedankens und eine ernste Gefahr für die Erhaltung des Einzelnebens der Gliedstaaten. Die Beschlüsse sind in der

Notwendigkeit, eine feste Reichsform zu schaffen, in keiner Weise begründet. Sie sind vielmehr geeignet, dieselbe zu untergraben, da sie die Kräfte der Gliedstaaten schwächen und jegliche Arbeit am Wiederaufbau des Reiches lähmen. Aus diesen Gründen müssen die unterzeichneten Regierungen u. a. fordern:

Die Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches darf nur auf dem Wege der Verfassungsgewalt erfolgen. Ausdehnung der Reichsgewalt über die Regierungsvorgänge des Artikels 14 des Entwurfs hinaus wird abgelehnt. Die Verfügung über eigene Einnahmenquellen bildet die Voraussetzung für das wirtschaftliche und kulturelle Fortbestehen der Einzelstaaten. Die

Einkommensteuer muß daher den Einzelstaaten verbleiben.

wobei jedoch als Recht des Reiches, Zuschläge bei den Einkommen über 100 000 Mark zu erheben, vorbehalten wird. Ferner muß an allen übrigen Reichsteuern den Einzelstaaten ein angemessener Anteil zugesichert werden. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern muß den Einzelstaaten, die darauf gewöhnt liegen, belassen werden. Gegen den Beschluß des Verfassungsausschusses, wonach die Neubildung von Bundes- und Landesparlamenten oder Abänderung von Teilen eines Gliedstaates durch einfache Reichsgesetze, auch gegen den Willen des betreffenden Gliedstaates vollzogen werden können, muß entschiedener Widerspruch erhoben werden.

Beendigung des Stuttgarter Bürgerstreiks.

Wie weiter gemeldet wird, beschloß in Stuttgart der Rat der Arbeiter für den bürgerlichen Arbeiterverein, den Bürgerstreik für beendet zu erklären und der Bürgerfront zu empfehlen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Streik und Gegenstreik in Nürnberg.

Die Angehörigen der Nürnberger Handelsgehilfen, sowie die Ausfühler der Stadterhaltung beschlossen wegen der Forderungen am Montag in den Streik zu treten. Die deutschdemokratische Partei und der deutsche Bauernbund erklärten an die gesamte Bürgerfront Nürnberg einen Aufruf, in dem sie zur Vorbereitung des Bürgerstreiks als Waffe gegen den Terror auffordern.

Militärische Vorsichtsmaßnahmen an der schlesischen Grenze.

Wien, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) Das österreichische Pressenbureau meldet aus Brinn: An der schlesischen Grenze wird eine benutzende militärische Tätigkeit besonders wahrgenommen. Sämtliche Überwachungsstellen sind mit Drahtverhaken und Wachen versehen. Bedeutende Streikkräfte sind in Ziegenhals und Reife konzentriert.

Die Berufung der deutschen Friedenskommission nach Paris.

Paris, 5. April. (Eigene Drahtnachricht.) „Corriere“ meldet aus Paris, daß die Berufung der deutschen Bevollmächtigten zur Pariser Konferenz am 18. April erfolgen soll.

Englische Parlamentarier in Deutschland.

Amsterdam, 4. April. Nach einer Meldung der „Central News“ bereitet die englische Regierung den Besuch einer Anzahl von Parlamentariern in Deutschland vor, damit sie die dortigen Verhältnisse kennen lernen.

Ueber eine Gehobensverweigerung polnischer Truppen

berichtet die „Post“ aus Polen: Die kürzlich neu gebildeten polnischen Truppen sollten nach Warschau verladen werden. Die Truppen weigerten sich jedoch und verhielten sich Gewalt die Abfahrt des Trains, so daß die bereits verladene Pferde wieder ausgeladen werden mußten.

Eine kräftige englische Abschüttelung der französischen Regierung.

Die englische Zeitung „Daily News“ greift die französische Regierung in einem Leitartikel heftig an, da sie durch ihre imperialistische Forderung der Frieden verweigere. Das Blatt sagt: Die Vereinigung von Dänemark wäre eine Dumheit und ein Verbrechen und eine höhere Verregulierung des Selbstbestimmungsrechtes, als die Forderung 1871 ansetzen worden sei. Das Blatt lehnt ferner unbedingt die von Wilson vertretene Neutralität ab. Abschüttelung und Kahrungsmittel seien die einzige notwendige Waffe gegen den Bolschewismus.

Deutsches Reich.

Keine Waffen an russische Kriegsgesangene.

Berlin, 5. April. Wie amtlich bekannt gemacht wird, ist es vorgekommen, daß sich auf Urlaub befindliche russische Kriegsgesangene Waffen gekauft haben. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es allen Kriegsgesangenen verboten ist, in Deutschland Waffen zu kaufen. Alle beteiligten Stellen sind angewiesen worden, über die vom Urlaub zurückkehrenden Kriegsgesangenen eine genaue Kontrolle in bezug auf das Vorhandensein von Waffen auszuüben.

Der Titel für Ebert.

Weimar, 4. April. Bei den Verhandlungen in dem Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde über die Stellung des Reichspräsidenten abgehandelt, worüber Abklarung herbeigeführt. Er ließ sich an der Titel, den das neue Reichsoberhaupt tragen solle, und schlug „Reichserwehler“ oder „Reichswart“ vor. Beide Vorschläge fanden nur geringen Beifall. „Reichserwehler“ sei ein Protokollum, und „Reichswart“ Klinge gar zu sehr nach „Zornwart“. Auch „Reichsführer“ wurde nicht angenommen, und als nun gar der Vorschlag „Reichshaupt“ fiel, konnte sich ein wichtiger Abgeordneter den Zwischenruf „Reichsmeister“ nicht enthalten.

Halle und Umgegend.

Beilage zum 5. April 1919.

Sperrung der Gasabgabe.

Der Streik im Ruhrgebiet und der dadurch hervorgerufene Ausfall in der Versorgung des Gasnetzes mit Kohle liegt leider abermals in einer Sperrung der Gasabgabe, die laut Bekanntmachung des Vertrauensmannes des Reichsgasamtlagers für die Kohlenverteilung vom heutigen Tage vom Sonntag den 6. April bis zur Zeit von morgens 9 Uhr bis abends 5 Uhr bis auf weiteres angeordnet wird.

Der Verein junger Deutsch-Demokraten hielt in der gestrigen Versammlung eine ausgiebige Aussprache über Organisationsfragen ab und wird in nächster Zeit eine größere Versammlung mit Referat eines unserer hiesigen Abgeordneten veranstalten. Für die Tagesordnung wurden hiesige Reichstagsmitglieder bestimmt, die in jeder Beziehung eine Ausprägung einleiten werden. Die Aussprache über die polizeiliche Bewachung mußte wegen Zeitmangels vertagt werden. Die Geschäftsstelle des Vereins befindet sich Leipziger Straße 21, Telefon Nr. 1277.

Vom Tage. In der Gimmirier Alue wurden gestern zwei Personen von einem berittenen Polizeibeamten beim unbefugten Betreten eines Weizenfeldes betroffen. Ihre Namen sind festgestellt.

Wem gehören die Rännelböden? Am 13. Februar sind zwei junger Rannern zwei große Rännelböden mit ihmalen roten Seitenlatten abgenommen worden, die gestohlen sind. Die Täter wollen die Deden von einem Wagen in der St. Ulrichstraße gestohlen haben. Der Eigentümer ist nicht bekannt. Er wird ergründet, sich so bald als möglich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 37 zu melden, um die Deden in Empfang zu nehmen.

Vier Pfund Kartoffeln. In der Woche vom 7.-13. April 1919 können auf die Marke 41 der braunen Kartoffelart vier Pfund Kartoffeln gekauft und abgegeben bzw. in Dauschaltungen, Aufnahmen usw. die mit Kartoffeln vertrieht sind, verbraucht werden. Der Kartoffelverkauf erfolgt am Dienstag, den 8. April, an. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person des Haushalts 1/2 Pfund Runkelrüben, 1/2 Pfund Mörgentranz und 1/2 Pfund Salernrüben. Der Verkauf wird durch andere Bekanntmachung noch näher geregelt werden.

Schlüssler-Verkauf von Saccharin in der Salamistraße am Montag, den 7. April 1919. Saccharin zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 35 001-35 500 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber mit den Nummern 39 501-42 000 nachmittags von 2-6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm Saccharin zum Preise von 35 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Unbegleiches Geld ist bereit zu stellen. Gewände sind mitzubringen.

Schlüssler-Verkauf von Reis in der Salamistraße, am Montag, den 7. April 1919. Saccharin zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 49 501 bis 52 500 vormittags von 8-12 Uhr und die Inhaber der Nummern 53 501-56 500 nachmittags von 2-6 Uhr. Außerdem können in den Vormittagsstunden von 8-12 Uhr die Inhaber der Lebensmittelkarte mit den Nummern 38 001-39 500, und in den Nachmittagsstunden von 2-6 Uhr die Inhaber der Nummern 39 501-42 000, jeweils bei der Verkaufsstelle nicht berücksichtigt sind, mit Reis bei eiert werden. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm Reis zum Preise von 20 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelkarte ist vorzulegen. Abgegebenes Geld ist bereit zu halten.

Runkelrüben. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelskarten, welche Runkelrüben eingekauft haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Runkelrüben am Montag, den 7. oder am Dienstag, den 8. April 1919, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Der Verkauf der Runkelrüben für die Zeit vom 14. April bis 11. Mai d. J. erfolgt in der Woche vom 7. bis 12. April zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den hiesigen Markenausgabestellen.

Blünderprozesse.

Amten auch gestern wieder sowohl vor dem Schwurgericht wie vor der Strafkammer zur Verhandlung. Die Anklage vor dem Schwurgericht lautete auf schweren Bandenbruch.

Der Kontor Otto Koritzke geboren 1880, und dessen Bruder, der Klempner Franz Koritzke, geboren 1887, fanden unter der Beschuldigung, in der Nacht zum 3. März an Zusammenrottungen teilgenommen und gefesselt zu haben. Die beiden Angeklagten hielten ihre vor dem Untersuchungsrichter abgelegten offenes Geständnis in der Hauptverhandlung aufrecht, indem sie freiwillig mehr eingestanden, als ihnen jemals hätte bewiesen werden können, schafften sie die Grundlage für eine mildere Auffassung ihrer schweren Verfehlungen. — Otto K. ist an dem Sonntage um 4 Uhr von Hause fortgegangen, um seine Stammtische aufzuladen, die er dann abends 10 Uhr verließen hat; er hörte in der Großen Ulrichstraße stehen, wandte sich dahin und fand bei Aufbaum die Schreiben eingeschlagen, was ihn verwirrt, für einen Anteil aus dem Geschäft zu holen. Den ersten Fehler, den er machte, war ein Pfeifen zu rauchen und wandte sich dann zum Markt, wo bei dem Wirt alles fertig geschlagen war und sehr lebhafter Verkehr bestand; er raffte ohne Wahl allerlei Geldern. — Sein Bruder Franz K. hatte noch bei seinen Eltern zu Abend gegessen und sich erst dann, gegen 3/4 Uhr, aufgemacht und bei Aufbaum Kraken, Gerwürst, Wessler, Gabeln usw. erbeutet; einer Frau hat er einen Karton mit gepulverten Sachen, einem Soldaten eine Rolle Futterstoff, die von Ebnepols & Dunfer stammte, entlassen und zu Hause in Sicherheit gebracht. Die später im ersten Haus beschlagnahmten Waren hatten einen Wert von etwa 4000 Mark. Die Geldwaren bestanden bei beiden Sündnern die Schuldfrage und die nach milderen Umständen, worauf das Gericht Otto K. zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat und Franz K. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt; außerdem wurde bei beiden Angeklagten auf je drei Jahre Ehrverlust erkannt.

Es kam noch in der Verhandlung zur Sprache, daß in den beiden Nächten bei Ebnepols & Dunfer

für 322 000 Mark Waren

gepfändert wurden. Bei Lewin wie bei Aufbaum trägt der angerichtete Schaden annähernd je eine Million Mark, wozu bei Aufbaum der noch nicht zu berechnende Gebäubelohnd kommt.

Wie schon oben gesagt, gehen neben den Urteilstellungen vor dem Schwurgericht die Verhandlungen vor der Strafkammer wegen weniger schwerer Fälle, die mit den Urteilstellungen im Zusammenhang stehen. Am 4. April wurden verurteilt: Frau Marie Bertram zu einem Jahre Gefängnis und die Tochter Rose zu sechs Monaten wegen Hehler (Damenmantel), Frau Invalide Gulan Reimert wegen Hehler zu einem Jahre Gefängnis (acht Wägen Konfekten), Frau Marie Puffel wegen Hehler zu einem Jahre Gefängnis (108 Küchlein Konfekten), Frau Martha

Kurz wegen Wahlrechtsstrafes und Heftel (3 Seiten) zu dem Jahre neun Monaten Gefängnis.
Sank wurde vor dem Schwurgericht noch eine belanglose Sache gegen einen Bergmann verhandelt, der eine Fahrlässige Jagd hatte und nun zu 3 Monaten Gefängnis — die nichtige Strafe für schwere Unachtsamkeit — verurteilt wurde.

Für die vierte Sitzung waren als Geschworene ausgelost die Herren Oettersberger Julius W. g. e. l. e. n. (Spitzenberg), Eisenbahnbesitzer Hermann, Herr J. a. r. t. h. (Halle), Bergwerksdirektor Hermann, Herr J. a. r. t. h. (Halle), Reichsgerichtsrat Karl K. e. n. n. e. (Halle), Geschäftsführer Karl S. e. u. b. e. r. (Halle), Bergmeister Ernst C. a. n. e. (Halle), Professor Richard U. o. d. a. (Halle, Obmann), Gutsherr Herr K. e. r. t. m. a. n. n. (Halle), Herr R. i. c. h. C. e. c. i. u. s. (Halle), Bankdirektor Adolf S. o. p. p. e. (Halle), Gutsherr Herr R. i. c. h. C. e. n. e. t. (Mörsdorf), Betriebsleiter Karl W. a. g. n. e. r. (Halle). Die Anklage vertrat Herr Staatsanwaltschaftsrat Dr. M. a. n. n. e. r. Verteidiger waren die Herren Rechtsanwalt Dr. C. u. m. p. und Dr. S. e. n. d. e. l.

Kunst und Wissenschaft.

Der ord. Honorarprofessor für deutsches und bairisches Recht an der Universität Bonn Dr. jur. Karl Ball hat einen Ruf nach Königsberg. Er ist Nachfolger des Ordinarius Prof. Julius von Gierke erhalten. Prof. Ball ist geboren 1879 zu Pöntenstein (Sachsen).

Der Ordinarius der Nationalökonomie in Greifswald ist als Nachfolger von Prof. Gieseler Dr. a. a. Prof. Dr. Eduard Fie r. m. a. n. n. in Leipzig ernannt. Er ist 1878 zu Bremen geboren.

Der Nachfolger des Geh. Rats Gustav Cohn an dem Lehrstuhl der Nationalökonomie an der Universität Göttingen ist Professor Dr. o. c. publ. Joseph Effen von der Handelshochschule Berlin berufen. Dr. Effen wurde 1879 in Litz ernannt.

Provinzial-Nachrichten.

Magdeburg, 4. April. Als Nachfolger des Polizeipräsidenten von Allen präsentiert die hiesige sozialdemokratische Partei den Gewerkschaftssekretär Krüger.

München, 4. April. (Erfeldung des Verborgenen?) Die Münchener Volkszeitung teilt mit, dass Krugowitz die Scheidungsanträge gegen ihren Gemahl, Georg Krugowitz, eingereicht hat. Das Blatt, das in der letzten Woche zur Regierung über die Scheidungsangelegenheit mit Unrecht sein dürfte, deutet an, dass die Scheidung an sich nicht der Grund zur Scheidungsanfrage ist und verbindet mit seiner Mitteilung die Bemerkung, dass dem ehemaligen Verborgenen zu wenig als möglich Abfindung gegeben werden soll, dass die Sozialdemokratie aber geneigt sei, die Familie des Verborgenen anders zu behandeln.

Wien, 2. April. (Vollstaat Ostböhmen?) Wie aus dem vorläufigen Verfassungsentwurf für die vereinigten Reichsteile hervorgeht, besteht die Ostböhmen, den Namen Neus, den das Land über 600 Jahre getragen hat, auszuscheiden und dafür dem Landtage eine andere Bezeichnung freizustellen. Gegenüber dem, die beiden Neus in Zukunft „Vollstaat Ostböhmen“ zu nennen. Hierzu gibt die Regierung folgende Erklärung ab: Die Bezeichnung „Vollstaat“ wird vollständig und trifft den Sinn, da nach § 1 der Grundzüge alle Staatsmächte dem Neus liegen soll. Mit der Bezeichnung Ostböhmen wird der Name Neus ausgetilgt. Bei einer Vereinigung der drei reichlichen Staaten zu Ostböhmen kann der Staat Neus den bisherigen Namen ebenfalls nicht beibehalten. Es entspricht den Verhältnissen, die an Dynastien ererbenden Bezeichnungen zu bezeichnen. Mit der Wahl eines anderen Namens wird der Neus bestehen, als ob der Name Staat Neus § 2. in den größeren Staat Neus § 2. aufsteht. Durch die neue Bezeichnung wird betont, dass es sich um einen neuen, aus zwei Staaten gebildeten Einheitsstaat handelt. Die nachgelegene Bezeichnung „Vollstaat“ würde geographisch nicht zutreffen, da das Unterland zum Teil nicht zum Unterland gerechnet werden kann.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Football in Halle.

Am morgigen Sonntag findet die Zwischenrunde der Pokalspiele statt. Mit dem Sportplatz am Zoo hat das Los Borussia und der Sportverein a. 1898 zusammengebracht. Nach dem Auscheiden Waders, Sportvereines und Halle 96 sind die obigen Vereine die ersten Anwärter auf den Pokal. Beide Vereine haben sich zu diesem wichtigen Spiele hart gemüht und werden in better Aufstellung antreten. Es wird hier einen heißen Kampf geben. Wer das bessere Ende für sich haben wird, ist nicht leicht zu sagen. Nach den Ergebnissen beider Vereine gegen 96 mühte man dem Sportverein die besten Chancen anzudeuten, denn die 96 haben beide 2:0 geschlagen, während Borussia dem Gaumeister mit 1:2 den Sieg überlassen musste. Infolge der Unachtsamkeit der Sportvereinsmannschaft könnte dies jedoch leicht zu einem Freischießen führen. Mit einer Verlängerung ist ebenfalls zu rechnen. Das zweite Spiel findet am dem Sportverein (früher Hohenstein) statt. Vier haben sich Borussia und S. i. S. M. B. gegenüber. Die Merseburger haben in letzter Zeit recht beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen gehabt, der unbedeutend eine Formverbesserung aufgrund liegen muss. So mühte sich

Wader in der Vorrunde mit 2:1 geschlagen bekommen und Sonntag nochmal mit einem 2:3 Ergebnis den B. i. B. den Sieg überlassen. Die Hohensteiner werden nichts unversucht lassen, die beiden Niederlagen wieder wettzumachen und voranschreiten ihrem Gegner eine recht harte Manöverstellung entgegenstellen. Es ist also auch hier ein interessantes Spiel zu erwarten, das höchst eifrig in der Veranlagung entzündet werden wird. Beginn beider Spiele 4 Uhr.

Halle 96 weilt in Leipzig als Gast der Fortuna. Mit voller Mannschaft spielen wir Halle in Front zu leben.

Aus dem Leserkreise.

Für die Abhaltung des Jahresfestes.

In Uebereinstimmung mit vielen Lesergemeinschaften möchte ich die nachstehende Stelle auf eine das Wohlthätige erregende Anordnung hinweisen. Mit Rücksicht auf den Belagerungsstand sind damals die Märkte verboten worden. Das hielten wir alle für notwendig und fanden uns mit der Auflage ab, trotzdem wir die Geschädigten waren. Heute aber, nachdem der Belagerungsstand aufgehoben ist, Ruhe und Ordnung wieder herrschen, dürfte doch wohl kein Grund mehr gegen das Festhalten der Märkte vorhanden sein. Unsere Wünsche, denn Gedächtnis von großen öffentlichen Zusammenkünften abgibt, haben ohnehin schon erhebliche Schädigungen erfahren, so dass wir nun einmal wieder bitten wollen, den Markt am kommenden Donnerstag (Halle) offen zu lassen. Albert Finzer, Bader.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Wär die Geschäftsverkehr, über den Herr Herrmann über den Redaktions

General-Adressen des Reichsvereins 1914-18, die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt mit größter Spannung erwartet werden, sollen, wie aus dem Anzeiger der Vörschischen Buchhandlung, Max Klemmer, in der heutigen Nummer hervorgeht, im Juni dieses Jahres erscheinen. Bei dem ganz außerordentlichen Interesse, das für dieses Buch besteht, dürfte es sehr wohl gerechtfertigt sein, Leber, dem daran liegt, es tatsächlich zu bekommen, wird sich schon bereit finden müssen, es zu besitzen, bevor über Preis und Umfang Näheres bekannt ist. Der gute Ruf des Verlags bürgt auch dafür, dass sich der Preis in angemessenen Grenzen hält.

Ein neues Konzertsaal hat kürzlich keine Porten geöffnet. Es ist dies das in der Geißstraße 5 gelegene Establishment „Alt-Beiderberg“, Gasse und Spielhaus. Der rührige Wirt, Herr Koenig, hat sein Lokal recht behaglich ausgestattet und mit dem besten Wein, seinen Gästen vom Besten das Beste zu bieten. Siehe Anzeige.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kalisyndikat.

Die Geschäftsvorstellung des Kalisyndikats am Freitag fand ebenfalls im Zeichen der großen Kollage der deutschen Kaliumindustrie. Im ersten Vierteljahr d. J. sind infolge Wagen- und Kohlenmangels sowie durch Streiks und Kündigung der Arbeitsteilung knapp 12 Millionen Doppelzentner Kaliumsalz abgesetzt worden gegen 3 Millionen Doppelzentner im gleichem Zeitraum im Vorjahr. Der Absatz ist um 77 Millionen auf 35 Millionen Mark zurückgegangen.

Gegenüber den stets steigenden Ansprüchen der Arbeiter und Angehörigen ist die Brennstoffversorgung der Kalimare nach wie vor äußerst mangelhaft. Zahlreiche Werke liegen immer noch still, weil sie keine Kohlen bekommen können, andere haben durch den neuen Kohlenmangel wieder stilllegen müssen. Diese Zustände beruhen in einer Industrie, welche vor die große Aufgabe gestellt ist, einen Teil der nach Deutschland kommenden Lebensmittel durch Kaliumlieferungen zu gleichen. Wird die Kaliumindustrie nicht stillgelegt und ausreicht mit Kohlen versorgt, so erleidet eine irgendwenn nennenswerte Kaliumausfuhr für die nächste Zeit ausgeschlossen.

Die Abgabestellung hat in den letzten Wochen eine Besserung erfahren, ohne auch nur annähernd ausreichend zu sein. Darunter leidet die Befriedigung der heimischen Landwirtschaft mit Kalialgen für die Frühjahrsbündung empfindlich. Es ist zu befürchten, dass sich die Folgen besonders in einer ungenügenden Kartoffelernte bemerkbar machen werden. Das Verbot, Chloralkalien an die inländische Landwirtschaft zu liefern, ist noch nicht aufgehoben.

Der Vorstand machte Mitteilungen über den mit englischen Regierungsoffizieren in Rotterdam getätigten Lieferungsvertrag, dessen Befriedigung durch die britische Regierung noch zu erwarten ist.

Seit einigen Wochen wird die Versorgung der inländischen Landwirtschaft mit Kalialgen durch die Versorgungsbehörden verhindert. Hunderte von Wagen müssen in Frankfurt a. M. angehalten werden, weil sie vor den Franzosen nicht durchgelassen werden. Die Versorgungsbehörden der anderen Mächte verlangen sogenannte „Transportscheine“, welche in ihrer Wirkung einem Einfuhrverbot gleichkommen. Das Kaliumsalz ist gegen dieses mit den Waffenstillstandsbedingungen nicht im Einklang stehende Vergehen bei der Waffenstillstandskommission Beschwerde erhoben.

Die Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium wegen weiterer Erhöhung der Kaliumpreise wurde in der Veranlagung des Jahres, das angibt, dass der fortgesetzte festen Steigerung der Kaliumpreise auch die neu beauftragten Preise den berechtigten Ansprüchen der Industrie in absehbarer Zeit nicht genügen werden. Die unzureichende Berücksichtigung des Kaliumwertes bei der

Preisermessung tritt besonders hart in Erscheinung, wenn man die Steigerung der Kaliumpreise mit denjenigen der verwandten Rohstoffe vergleicht.

Der Preis der Kaliumsalze durch die Landwirtschaft durch Betriebskostensteigerungen von gemittelten Wiederherstellern durch W. a. g. e. b. e. r. z. u. s. z. u. m. a. n. n. e. r. b. e. r. e. i. c. h. t.

Dem neuen Kaliumpreissatelliten, welches für die Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni d. J. gilt, traten alle Werke mit Ausnahme derjenigen des Winterhald-Konzerns, dem bis zum 10. April Zeit zur nachträglichen Preisfestsetzung gegeben wurde.

Von der bevorstehenden Reichseinkommensteuer. Es besteht der Plan, eine Reichseinkommensteuer zu erheben, die gewissermaßen als Aufschlag seitens des Reiches zu der Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kommunen gedacht ist. Von dieser Reichseinkommensteuer sollen nur Einkommen von 40000 M. an erfasst werden. Bei Junggeheilen beginnt die Steuergrenze bereits bei 20000 M. Bei Verheirateten, welche Kinder haben, ermäßigt sich das steuerpflichtige Einkommen für jedes Kind um 2000 Mark, so dass also beispielsweise ein Verheirateter mit einem Einkommen von 50000 M., der fünf Kinder hat, die Reichseinkommensteuer nur für 40000 M. zu zahlen hat. Die neue Steuer trägt demnach dem Bevölkerungsproblem und dem Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung. Die Steuererträge sollen progressiv mit 5 Proz. beginnen und bei den sehr hohen Einkommen die obere Grenze von 30 Proz. erreichen.

Der Steuerertrag wird am 1. April zur Veröffentlichung gelangen.

Der Jahresbericht der Gattace Feuerwerksfabrik und Gesellschaft über das 98. Geschäftsjahr 1913 weist folgende Zahlen aus: Feuerwerksfabrik, Vermögenssummen: 968496000 Mark, Beiträge: 323243240 Mark, Schäden: 333159830 Mark, Einbruchdiebstahlversicherung, Vermögenssummen: 1575804300 Mark, Beiträge: 26208190 Mark, Schäden: 21049110 Mark. Der Ueberzins beträgt 224104050 Mark. Davon kommen zur Rückzahlung an die Versicherer in der Feuerwerksfabrik 70 Prozent der eingesetzten Beiträge, in der Einbruchdiebstahlversicherung gemäß des niedriger bemessenen Prämienbeitrages ein Drittel dieses Prozentsatzes mit 23 Prozent. Die Bank betreibt beide Versicherungswerte nach dem Grundsatz der reinen Geschäftlichkeit.

Donauschachtel Oberflächige Eichen und Holzlennerer Akt. Ges. in Hundenburg. Das Unternehmen hatte in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres normal gearbeitet. Demnächst trat die bekannte Konjunkturschwäche und Schwere der Lage ein, die sich immer mehr verschärfte und nunmehr auch noch angedeutet nach ansetzt. Neben der finanziellen Situation für das Rechnungsjahr 1913 lassen sich im Augenblicke genaue Angaben noch nicht machen, da die Abgrenzung erst für Ende dieses Monats in Aussicht genommen ist. Mit Sicherheit müssen aber die Aktionäre auf einen spärlicheren Dividendenrechnung rechnen. Eine unvermeidliche Schädigung der Dividende lautet auf etwa 12 Proz. gegen 18 Proz. Dividende und 4 Proz. Bonus im Vorjahr.

Erdbannerwerke A. G. für Zigaretten- und Zigarren-Produktion und Handel in Zwickau i. S. S. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, für 1914 eine Dividende von 10 (12) Prozent in Vorschlag zu bringen.

Reinigte Puffschiff und Gummi-Fabrik in Gotha A. S. Der Aufsichtsrat beschloss, nach zeitlichen Abwägungen (i. B. 507305 Mark) die Verteilung einer Dividende von 11 (14) Prozent vorzuschlagen. Die am 26. April stattfindende Generalversammlung soll u. a. auch über die Veränderung der Zirkel in „Reinigte Gothaer-Werke A. S.“ beschließen.

Preisoberhörs für Zinnschiefer. Die Zinnschieferproduktion erhöhte mit fortiger Wirkung die Zinnschieferpreise um 30 Mark. Der Preis für Zinnschiefer beträgt danach im Großhandel 188.25 Mark, wozu noch der Eisenpreis auf 216.50 bis 216.50 Mark für 100 Kilogramm fällt.

Kundens- und Verlagsanstalt Bessel & Neumann, A. S. in Leipzig. In der Aufsichtsratsversammlung hat beschlossen worden nach zeitlichen Abwägungen (i. B. 274623 Mark) die Verteilung einer Dividende von 10 (12) Prozent und eines Bonus von 5 (12) Prozent vorzuschlagen.

Autolouis Jura, Reichsgewerkschaften. Bei der Auslösung des Schadenersatzes des Deutschen Reichs von 1914 (i. B. 200 Millionen), die am Freitag festsetzt, wurde die Serie 8 zur Auslösung am 1. Oktober 1919 gezogen. Dieser hat von den je 200 Mill. Mark umfassen Serien 6 und 10 zur Auslösung gelangt.

Wetternachricht der „Saale-Zeitung“.

Sonnig, den 6. April: Zunehmende Bewölkung, windstill trocken, wärmer.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heilmann, für den örtlichen Teil für Provinzialnachrichten Herr Dr. G. u. a. n. n. m. a. n. n. für Sport und Gesellschaft Herr Dr. R. a. r. l. H. e. r. für den Anzeigen-Teil: Fritz Heilmann, Druck und Verlag von Fritz Heilmann.



Weinbrand Cognac

Marke

„Ginstertink“

Jacob Stück Nachfolger Hanau in
Cognacbrennereien

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7 10 Uhr.
Der Rastelbinder.
Sonntag 3/1 Uhr.
Zwerg Nase.
Märchen-Posse mit Gesang.
Kl. Preise. Kinder halbe Pr.
Kasse
ab Sonntag 10 Uhr.

St. Nikolaus
Tel. 1157 - Nikolaistr. 9-11

Sonntag, den 6. April
von 4 Uhr an:

Künstler-Konzert
H. Köhne

Zum Ausschank gelangt:
Fränkischer-Bräu.

Sofenträger
am 1.00 Uhr
bis 5.00 Uhr
Sehr große Auswahl
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 24.

Zoo.
Sonntag, den 6. April 1919,
sonntags 3/1 Uhr:
Militär-Konzert
(Streitsymphie)
ausgeführt vom
Trompeterkorps des
Regim. Feldart.-Regim.
Str. 75.
Leitung: Obermusikmeister
K. Steiner.
Eintrittspreise:
Erwachsene 1,-
Kinder 0,50

3. D.
11. 4. 6/1. W.

3. D.
Mittwoch, den 3. 4. 8 Uhr L.
U. G. u. M. Ber.

5 T.
12. 4. 8. 11. W.

Hippodrom
Wintergarten. 2873
Direktion: Georg Arndt.
Täglich ab nachm. 4 Uhr
Grosses Reit- und Sport-Fest.
Heute Abend 7 Uhr
Grosser Kavalierball.



Nur Sonnabend und Sonntag. Der mit großem Erfolg in Berlin und vor 14 Tagen bei mir nicht eingetretene Film mit Heile Moja
Burg-Theater Die Fremde, 1 Vorspiel, 5 Akte.
ersth. Liebes- u. Sensationschlag eines Fortw.-Schreibers, sowie mehrmaliges Lustspiel usw.
Gr. Gosenstraße 12 Grosse Jugendvorstellung

Café Monopol
Größtes, vornehmstes Familiencafé, gegenüb. d. Stadttheater
Münchener und hiesige Biere.
Erstklassige Erfrischungen u. Getränke,
sowie sämtliches Frucht-Eis in u. ausser
dem Hause.
Jeden Nachmittag die beliebten, vor-
nehmen Damen-Kaffee-Kränzchen
H. Schumann.

Abgepasste
Gardinen
und
Stores
in soliden Qualitäten.
Bruno Freytag,
Leipzigerstrasse 100.

Stadt-Theater
Sonntag, den 6. April 1919,
nachmittags 3 Uhr:
Fremdenvorstellung
zu ermäßigten Preisen:
Der G'wissenswurm
Bauernkomödie im Geesang
von Hans Krüger.
Abends 7. Ende 9 Uhr:
Erstaufführung:
Isebill
Des Märjins von dem
Fischer und seiner Frau.
Montag, 7. April 1919
Carmen.

Chalva-Theater.
Spielplan h 275
des Stadttheaters-Vertrags.
Sonntag den 6. April 1919
abends 7 Uhr:
Nur ein Traum
Schauspiel von Gotthard Schmidt.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
Grosse Auswahl
in ein oder bis ganz
reicher Ausstattung.
Möbellabrik
Albert Maribk Nachf.
Inh. Richard Zimmer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Kaffegarten Trotha.
Besteher Ausflugsort.
Kaffee, Kuchen u. Sorten. Freyberg-Bräu, Die Wein-
Ergebnis labet ein
h 2596/1 Otto Hutau.

Kaiser-Kaffee.
Sonnentags von 7 Uhr, Sonntags von 4-6 Uhr
Künstler-Konzert.
Bekannteste Weinstube. V 2263/5
Gegenüber dem Stadttheater.
Gr. Steinstr. 24, 1.

Lehrergesangsverein.
Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr,
im Thaliasaale
Konzert.
Leitung: Max Ludwig.
Mitwirkung: Prof. Gustav Havemann, Dresden, Violon.
Max Ludwig am Klavier.
Chöre von Hegar, Hutter, Andreae, Thuille,
Brahms, Othegraven, Kremser.
Violinkonzert C-Dur von Bleyle (z. 1. Mal).
Violinstücke von Ries, Brahms, Joachim,
Sinigaglia.
Ritter-Flügel.
Karten zu 3, 2 u. 1 Mk. in der Hofmusikalienhandlung
H. Holtbau.

Christlicher Verein
junger Männer,
Geiststraße 29.
Sonntag, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr
16. Jahresfest.
U. a.: Vortrag von
Herrn Superintendent **Wocher** über:
**„Heiliger Mut in erster
Zeit“.**
Ausführliche Programme 20 Pf.
Jedermann (Damen und Herren) freundlich einladen.
Mozartsaal.
Montag, 7. April, 1/2 Uhr:
Die Provinz Posen. Vortrag mit Lichtbildern.
Frl. E. Schallmeyer. h 514.
Karten 50 Pf. Bureau Weidenplan 20.

Ständige Kunstausstellung
Tausch & Grosse.
Zum Besten der Verwundeten in den hiesigen
Lazaretten
Ausstellung von Gemälden
und kunstgewerblichen Erzeugnissen
von G. und E. Wenzel aus Werpewitz.
Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 9-6 Uhr.
Eintrittsgeld 20 Pf.

Zinkeimer
in eigener Herstellung
Mk. 7.95
Max Sobel,
Steinweg 44, Telefon Nr. 1.
Namenber: Tschakoff, 3.

Leipzigerstr. 88. **UT** Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.

Die aus „Carmen“ rühmlichst bekannte
Pola Negri
bietet eine neue, unüber-
treffliche Gestaltung
in dem spannenden
Sittenroman in 4 Akten.
**„Das Karussell
des Lebens“**
Sensationelle Schilder-
ungen aus den Kreisen
der Lebend.
Vorführ.: 3.00, 4.40,
6.40, 9.00.
**Mädel fein,
Mädel klein**
Humorvolles Lustspiel
in 3 Akten.
Hauptrolle
Anna Müller-Linke.
Vorführ.: 4.00, 6.10, 8.20.
Sanssouci
Herrliche Natur-
aufnahme.
Beginn: 3.00 Uhr. Einlass 2.30 Uhr.
Die Abendvorstellungen beginnen 8.10 Uhr.

**Eine Nacht
in der
Stahlkammer**
Spannendes Detektiv-
Abenteuer in 4 Akten.
Hauptrollen
**Heinrich Peer,
Harry Liedtke.**
Vorführ.: 3.00, 5.01,
7.10, 9.33.
Maria Fein
in dem ultimen Lustspiel
in 3 Akten
„Ehertifter“
Vorführ.: 4.10, 6.20, 8.20.
**Messner - Woche
Nr. 12.**

Saalschloss - Brauerei.
Sonntag, den 6. April
Grosses Militärkonzert
des Regim. des Inf.-Regim. Nr. 86, Leitung: O. Haupt.
Eintritt 60 Pf., Kinder die Hälfte
F. Winkler.

Gasthaus Büschdorf!
Sonntag **Gross. Ball**

Café Fromm, Bücherstr. 3.
fi. Mittag- und Abendtisch, Königstrasse
Spezialität
Wiener Torte 60 Pfg.
V 1545/5 mit Kaffee.

Saal der Loge zu den 5 Türmen.
Sonntag, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr
(verlegt vom 10. November)
Brahms-Abend
der Herren
Prof. Fritz von Bosa (Klavier)
Walter Davison (Violoncel)
Prof. Julius Klengel (Violoncell)
I. Trio C-dur op. 87. II. Sonate für Klavier und
Violine G-dur op. 78. III. Trio H-dur op. 8.
Konzertflügel „Blüthner“; Vertreter B. Döll.
Karten zu 4 Mk. 3 Mk. 2 Mk. 1 Mk. bei Hermann Holtbau.

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure.
Oeffentlicher Vortrag mit Lichtbildern und Film
über **„Hochspannung“**
von Diplom-Ingenieur **K. Volhard,**
Beratender Ingenieur für Elektrotechnik
Montag, den 7. April abends 8 Uhr, im Auditorium M. ximum der Universität.
Karten zu 1,- Mark beim Pförtner Kittelmann.

Tanzunterricht!
Traxdorf's Tanz-Lehranstalt „Gold. Hirsch“
Leipziger Str. 63 Fernsprecher 9593
seit 25 Jahren bestehend.
Ein neuer Kursus für Anfänger beginnt am
24. April 1919, 1/2 8 Uhr abends.
Gründliche Ausbildung in allen modernen Tänzen, An-
mut des Körpers, guten Benehmen usw.
Rechtzeitige Anmeldungen erbitlen
Albert Nicolaus und Frau,
Mitglieder des Bundes Deutscher Tanzlehrer.

Neu eröffnet!
Konzert-, Kaffee- u. Speisehaus
„Alt-Heidelberg“
verlegt in die große, vollkommen hergerichtete Räume nach
Geiststraße 5 Geiststraße 5
Häuser „Walden Hof“
Häuser täglich V 2300/5
ersth. vornehme Künstler-Konzerte
Jeden Sonntag Frühkonzert u. Konzert.
H. Götze. - Bier. - Wein. - Mittagessen.

Tennis-Schläger
Hockey-Schläger
werden gut und preiswert
ausgegeben
Tennis-Bälle
aufgeliefert
im
Sporthaus
Julius Bacher.